

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Möglicher Rückzug der AWO aus der Flüchtlingsberatung

SPD-Fraktion kritisiert zu knappes bayerisches Finanzierungskonzept

Aus Sicht der SPD bestätigt der drohende Ausstieg der Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus der Flüchtlingsberatung die fehlende Tragfähigkeit des zugehörigen Finanzierungsmodells des Freistaates.

„Für die Dienste und Mitarbeitende, die über wertvolle, langjährige Erfahrung in der Flüchtlingsberatung verfügen, ist die Finanzierung zu knapp bemessen. Die Erwartung des Freistaates, dass die verschiedenen Träger bei der Beratung einen Teil der Finanzierung in Eigenleistung erbringen, überfordert die Betroffenen“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm. „Ich glaube, dass bald weitere Verbände der Entscheidung der AWO folgen könnten, wenn hier keine tragfähige Lösung gefunden wird. Der Zustand ist so auf Dauer nicht tragbar“, betont er.

In einem Antrag an die Stadtverwaltung will die SPD-Stadtratsfraktion deshalb die aktuelle Situation der Migrations- und Flüchtlingsberatung in Nürnberg auf die Tagesordnung setzen. Dabei soll auch geklärt werden, inwieweit die Stadt die Wohlfahrtspflege bei dieser Aufgabe unterstützen kann.

„Beratung und gelingende Integration gehen Hand in Hand. Deswegen sollten wir als Stadt alles unternehmen und mithelfen, dass weiter beraten werden kann. Wir können das Verfahren dabei als Kommune aber nur begleiten. Die Verantwortung liegt an dieser Stelle ganz klar beim Freistaat Bayern. Hier muss eine neue und sinnvolle Lösung her“ erklärt Brehm. In dem zugehörigen Antrag fordert die SPD die Stadt zudem auf, sich im Rahmen des Städtetages weiterhin dem Thema anzunehmen.

Kontakt:

Thorsten Brehm: 0174-6731966

Nürnberg, 8. Juli 2020